

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wierteljährlicher Abonnementpreis 0,85 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Stich Dunder)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 83.

Beitrag, Sonnabend, 24. Oktober 1908.

Wierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Wirkungen der Achtstundenschicht. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

### Wirkungen der Achtstundenschicht.

Siehe die im September in Luzern abgehaltene Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hatte die britische Sektion Untersuchungen angestellt über die Wirkungen einer gesetzlichen Beschränkung der täglichen Arbeitszeit. Sie hatte sich zu diesem Zwecke mit einer großen Anzahl von Großbetrieben in England in Verbindung gesetzt, aber auch verschiedene Arbeiterorganisationen um ihre Meinung befragt. Dabei hat sich herausgestellt, daß in vielen Fällen die Einführung der Achtstundenschicht oder eines ähnlichen Systems in ununterbrochenen Betrieben zur Folge hat, daß die Maschinen und Anlagen besser ausgenutzt werden, als bei einschichtiger Arbeit, d. h. wenn die Gesamtzahl der Arbeitsstunden erhöht wird.

Zunächst einige Angaben über die Verbreitung der verschiedenen Schichtwechselsysteme in England: Am Schiffs-, Kessel- und Brückenbau sind keine Firmen bekannt, die nach dem Dreischichtensystem arbeiten. Wenn die Arbeit dort auch nachts betrieben wird, so wird doch in der Regel in zwei Zwölfstundenschichten gearbeitet. Auch in der Stahlindustrie wird gewöhnlich die Arbeit nicht in drei Schichten vollführt; doch gibt es eine Anzahl von Firmen, in denen dieses System bereits eingeführt ist. In Reißblechwalzwerken ist das Dreischichtensystem sehr gebräuchlich, und in einigen Eisenwerken wird in sämtlichen Abteilungen in Achtstundenschichten gearbeitet. Die Organisation der Gasarbeiter in Birmingham berichtet, daß fast in allen Gaswerken der Achtstundentag eingeführt ist, soweit ununterbrochene Betriebe in Betracht kommen. In der Papierindustrie ist das Dreischichtensystem nur bei einer Firma eingeführt; in der Textilbranche wird in allen Fabriken, welche die ganze Nacht in Betrieb sind, in zwei Schichten gearbeitet. In der Spinnindustrie ist die Arbeitszeit so eingeteilt, daß 20 Stunden in vier Schichten gearbeitet wird, wobei der einzelne Arbeiter zweimal fünf Stunden beschäftigt wird.

Was die Produktionskosten beim Achtstundentag betrifft, so wird beim Hochofenbetrieb festgestellt, daß dieselben sich pro Tonne nur ganz unwesentlich erhöhen. Eine geringere Verminderung der Kosten pro Tonne für die höher bezahlten Arbeiter wurde durch eine Vermehrung der Kosten für die weniger hoch bezahlten Kategorien wieder aufgehoben. Für die chemische Industrie wurde der Achtstundentag als das richtige System anerkannt. Der betreffende Berichterstatter ist der Meinung, daß bei richtiger Organisation vom Standpunkte des Fabrikanten aus mit einem Arbeiter, der eine Anzahl von Stunden arbeitet, die ihm erlaubt, seinen Geist und Körper für die Arbeit frisch zu erhalten, bessere Ergebnisse erzielt werden werden als dadurch, daß man an den Löhnen zu sparen sucht, indem man die Arbeiter über die Grenze ihrer besten Leistungsfähigkeit hinaus arbeiten läßt. Bezüglich der Gaswerke wird von dem Leiter einiger großer Anstalten mitgeteilt, daß die Kosten für die Heizung infolge der Einführung des Dreischichtensystems so gewachsen sind, daß Heizungsmaschinen eingeführt wurden. In einem anderen Werke soll durch das Dreischichtensystem

eine Erhöhung der Kosten um etwa 20 Prozent erfolgt sein.

In den aufgeführten Fällen handelte es sich um ununterbrochene Betriebe. Ähnlich sind die Erfahrungen in den unterbrochenen Betrieben. In einer großen Maschinbauanstalt in Manchester hat man ein Jahr lang den Versuch mit dem Achtstundentage gemacht. Die Wochensöhne blieben unverändert. Das Ergebnis war, daß die Lohnkosten zwar sich um 0,4 Prozent des Produktes steigerten, was aber genau aufgewogen wurde durch die Differenz bei den Ersparnissen an Beleuchtung, Abnutzung und einer Erhöhung der Amortisationskosten, die davon herrührte, daß die Anlagen während kürzerer Zeit als zuvor verwendet wurden. Die Firma war so zufrieden mit dem Ergebnis des Versuches, daß sie das System beibehalten hat. In der Stahl- und Zinnplattenindustrie sind in einem Betriebe die Lohnkosten pro Tonne bei dem Dreischichtensystem ungefähr um 2½ bis 3 Pence gestiegen. Eine andere Firma glaubt, daß die Ergebnisse bei den beiden Systemen ungefähr gleich sind, und eine dritte Firma teilt ohne Angabe von Einzelheiten mit, daß nach ihrer Ansicht die Kosten durch das Dreischichtensystem beträchtlich gesteigert werden. In den Munitionswerken hat sich nach den Berichten in keinem Falle eine Vermehrung der Kosten bemerkbar gemacht, da die Stücklohnätze ungeändert blieben und die Arbeiter in der Lage waren, durchschnittlich dieselben Löhne zu verdienen.

Bezüglich der Wirkungen auf die Qualität der Arbeit wird die Ansicht geäußert, daß in ununterbrochenen Betrieben viel dadurch gewonnen wird, daß die Arbeiter frisch bei der Arbeit sind. Dagegen äußerte eine große Eisen- und Stahlgießerei im Norden von England die Ansicht, daß die Hochofenarbeiter im Dreischichtensystem nicht leistungsfähiger seien als sonst. Ein anderer Berichterstatter will beobachtet haben, daß in den unterbrochenen Betrieben die Arbeiter dazu neigen, während der Nachtschicht schlechte Arbeit zu leisten. Nach der Ansicht eines anderen Berichterstatters ist diejenige Produktionsweise am meisten ökonomisch, bei der die Arbeiter nur so lange beschäftigt werden, als sie ihr Bestes zu leisten imstande sind. Wenn dieses Stadium überschritten ist, bedeutet ihre Weiterbeschäftigung keine wahre Sparsamkeit.

Endlich werden auch über die physischen und moralischen Wirkungen auf die Arbeiter einige Erfahrungen mitgeteilt. In einem der berichtenden Werke besteht die Gewohnheit, daß Arbeiter, welche an 10 Tagen im Jahre gefehlt haben, des von der Firma mit vollem Lohn gewährten üblichen Wochenfeiertages verlustig geben. Der Prozentfuß der vor Einführung des Dreischichtensystems in Betriebe beschäftigten Arbeiter, die ihren Feiertag erhielten, war 43. Ein Jahr nach Einführung des Dreischichtensystems war der Prozentfuß auf 78 gestiegen und zwei Jahre später auf 92. Außerdem wird festgestellt, daß im Gegensatz zu früher die Leute jetzt regelmäßig und nichtern zu ihren Schichten antreten. Was die Gesundheit der Arbeiter angeht, so weist die Statistik der Betriebskrankenkasse nach, daß nach Einführung der Achtstundenschicht der Prozentfuß der Kranken Arbeiter von 7 auf 5 Prozent gefallen ist. Auch eine merkliche Besserung im Aussehen der Leute und besonders in ihrer Haltung beim Verlassen der Werke konnte konstatiert werden, und aus Anfragen war zu entnehmen, daß seit Einführung des Achtstundentages in der allgemeinen Lebenshaltung und im Verhalten eine beträchtliche Besserung, die für größere Zufrieden-

heit und Glückseligkeit zeugt, beobachtet worden ist. Auch ein anderer Unternehmer hat aus den Berichten der Vorarbeiter Auszüge gemacht. Alle diese Berichte bezeugen die größere Pflichttreue und Nüchternheit der Arbeiter, die zu einem großen Teile auf die kürzere Arbeitszeit zurückzuführen sei.

Wohl sind es gewissermaßen nur Stichproben, die in diesem Bericht zusammengestellt sind. Wir sind aber überzeugt, daß bei umfassenderen Erhebungen kein anderes Resultat erzielt worden wäre. Daß in einzelnen Betrieben die Einführung der Achtstundenschicht mit einer geringen Vermehrung der Produktionskosten verknüpft worden ist, mag sein; diese Fälle aber sind die Minderheit. Außerdem kommen sie nicht in Betracht gegenüber den segensreichen physischen und moralischen Folgen, die der Achtstundentag gezeitigt hat. Unter allen Umständen bietet diese kleine Arbeit der britischen Sektion ein wertvolles Dokument für die Verifizierung der Arbeitszeit auf 8 Stunden.

### □ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

In Nummer 80 des „Gewerkeverein“ besprachen wir im Anschluß an die Vorgänge bei der Ortskrankenkassenwahl in Dortmund die Notwendigkeit einer Beteiligung an den Wahlen zu den Orts- und Betriebskrankenkassen durch die Ortsvereine und Ortsverbände der Gewerkevereine. Inzwischen finden wir in Nummer 279 der „Illmer-Zeitung“ vom 10. Oktober eine Bekanntmachung des Ortsverbandes Illm, die sich auch mit den Wahlen zur Ortskrankenkasse in Illm beschäftigt, und die wir ebenfalls besprechen müssen, da wir es hier mit einer anderen Art Gründe zu tun haben, aus denen oft die Beteiligung an der Wahl abgelehnt wird. Die fragliche Notiz lautet folgendermaßen:

Die am 5. d. Mts. stattgefundene kombinierte Ausschussung des Ortsverbandes der Gewerkevereine hat nach reiflicher Überlegung einstimmig den Beschluß gefaßt, den Mitgliedern zu empfehlen, sich an der diesmaligen Ortskrankenkassenwahl nicht zu beteiligen.

Der Grund hierfür ist folgender:  
Schon am 13. Mai d. J. reichte der Ortsverband der Gewerkevereine in Gemeinshaft mit noch 6 anderen Korporationen ein Gesuch an den Vorstand der gemeinsamen Ortskrankenkasse ein um Einführung der Verhältniswahl. Auf dieses Gesuch ging folgender ablehnender Bescheid ein:

Illm a. D., 5. Juni 1908.  
Auf das Gesuch vom 13. Mai 1908 in nebligem Betreff hat der Vorstand in der Sitzung vom 18. Mai gegen die 2 Stimmen der Arbeitgeber dessen Ablehnung beschlossen mit der Begründung, daß zu einer sachungsgemäßen Durchführung der Verhältniswahl im Vergleich zu dem Vorgang in anderen Städten kein Anlaß vorliege, solange dieselbe nicht obligatorisch durch Reichsgesetz eingeführt ist. Hier- von mache ich Ihnen Mitteilung mit dem Anfügen, daß auch in der Generalversammlung am 25. v. Mts. dieselbe Begründung angeführt worden ist.

Hochachtungsvoll  
Der stellvertretende Vorsitzende: G. Pfuhler.

Die Vertreter mit der Devise: „Welches Recht für alle“ scheinen hiernach nicht gewillt zu sein, ihren Wahlanspruch auch für andere gelten zu lassen und den Minoritäten Rechte zuzugestehen, obgleich dieselben betroffen sind bei allen passenden Gelegenheiten solche für sich zu verlangen.

Da nun auf Grund des Wahlverfahrens es ausgeschlossen ist, eine Vertretung bei der Ortskrankenkasse zu erhalten, erachten wir es für richtiger, uns die Wahlen und Unkosten eines Wahlkampfes zu ersparen.

Der Ausschuss.

Es wirft sich da die Frage auf, ob es berechtigt ist, aus Verärgerung wegen der Ablehnung der Verhältniswahl die Krankenkassen zu boykottieren, und es lohnt sich, zu überlegen, wer letzten Grundes von einem solchen Boykott den Vorteil hat,

Zunächst kann man eine Reihe Erfahrungen auf politischem Gebiete herausheben. Als in den Jahren 1848 und 1849 die preußische Regierung durch einen Staatsstreich die Verfassung und das Wahlgesetz geändert hatte, beschloßen die Liberalen, von einer Beteiligung an den Wahlen Abstand zu nehmen. Die Folge war, daß sich nur die reaktionären Parteien daran beteiligten und die sogenannte Landratskammer zustande kam, die gegen den Staatsstreich der Regierung nicht zu unternehmen wagte. Der Liberalismus hat damals bald eingesehen, wie sehr er sich auf dem Solzwege befand, als er sich aus Verärgerung von der Wahl fernhielt, statt sich nun gerade um so energischer daran zu beteiligen. Einen ähnlichen Vorgang haben wir bei der Sozialdemokratie erlebt. Auch sie beschloß 30 Jahre hindurch, sich nicht an den Wahlen zum preußischen Landtage zu beteiligen. Liebknecht prägte das bekannte Wort: „Wir wollen das preußische Junkerparlament verkaufen lassen.“ Aber das Junkerparlament ist nicht verkauft, sondern hat quietistisch-vergessener Weise reaktionäre Politik gemacht. Als dann im Jahre 1903 die Sozialdemokratie von ihrem bisherigen Standpunkte abging und sich an den Wahlen beteiligte, wurde auch unter den Arbeitern das Interesse an der preußischen Wahlrechtsfrage stärker und die Bewegung mehr in Fluß gebracht. Schon damit ist ausgedrückt, daß die jahrzehntelange Nichtbeteiligung ein politischer Fehler, wenn nicht gar, was schlimmer ist, eine Dummheit war.

Ein dritter Vorgang ähnlicher Art zeigte sich, als vor wenigen Jahren in Rußland die erste Duma durch einen Staatsstreich nach Hause geschickt und ebenfalls das Wahlgesetz verächtlich wurde. Nun beschloß die russische Sozialdemokratie, sich nicht an der Neuwahl zu beteiligen, und zwar mit dem Resultat, daß sie gar keinen Vertreter im russischen Parlament hatte und heilfroh war, als die zweite Dumaauflösung kam, nach der sie sich, wenn auch unter einem noch schlechteren Wahlgesetz, wieder an der Wahl beteiligte. Und ähnliche Vorgänge gibt es auch auf anderem Gebiete. Es sei davon hier nur einer erwähnt: Nach dem großen Streik der Ruhrkohlenbergleute im Jahre 1905 versprach die preußische Regierung das Verbot des Streiks im Sinne der Arbeiterforderungen zu verbessern. Der diesbezügliche Gesetzesentwurf wurde aber im preußischen Landtage durch eine nationalliberal-konservative Mehrheit erheblich verächtlich. Das galt besonders von den Arbeiterausschüssen, die obligatorisch durch das Gesetz für jede größere Zechen eingeführt wurden. Das Wahlrecht zu diesen Arbeiterausschüssen wurde an eine Reihe schwerer Bedingungen geknüpft. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband ließ sich deshalb, unter dem Einfluß einer Reihe von Radikalführern, dahin bringen, die allgemeine Parole auszugeben, sich nicht an der Wahl zu den Arbeiterausschüssen zu beteiligen. Das Resultat ist, daß die Arbeiterausschüsse jetzt nur von den christlichen Gewerksvereinen besetzt sind und daß es nicht lange dauern wird, bis der sozialdemokratische Verband seine Taktik ändert.

Dasselbe läßt sich von der Taktik unserer Kollegen in Ulm sagen. Die Sozialdemokraten lehnten das Verhältniswahlssystem ab, weil sie fürchten, durch uns in den Krankenkassen unangenehme Nebenbuhler zu bekommen. Lassen wir uns nun durch diese Taktik verärgern und halten uns von der Wahl fern, dann helfen wir den Sozialdemokraten, ihren Zweck zu erreichen. Und wir machen ihnen das so leicht, daß die Herren im stillen sich darüber ins Häufchen lachen werden. Das ist doch schließlich nicht unsere Absicht.

Aber wird man nun fragen: Was hätten denn unsere Ulmer Kollegen tun sollen? Wir antworten darauf: Sie mußten sich an der Wahl beteiligen und in der Wahlagitatio das Verhalten der Sozialdemokratie, das gegen deren eigenes Programm verstößt, so scharf wie möglich an den Pranger stellen. Es mußte an Hand dieser und anderer Fälle der Öffentlichkeit vorgeführt werden, wie man auf jener Seite theoretisch für Freiheit und Gleichheit schwärmt, praktisch aber den Standpunkt der brutalen Macht genau so vertritt, wie es nur irgend ein Reaktionsär tun kann. Solche Bemühungen fortgesetzt, eventuell über Jahre hinweg, hätten früher oder später den Erfolg gehabt, daß entweder die sozialdemokratischen Klassenvertreter müde geworden wären und eines Tages doch das Verhältniswahlssystem bewilligt hätten, oder aber sie halbstarrig geblieben wären, und dann war es durchaus nicht unmöglich, daß wir eines Tages die sozialdemokratischen Klassenvertreter hinauswarfen und unsere Leute an deren Stelle setzten. Selbst wenn aber keines von beiden eingetreten wäre, hätte man die öffentliche Meinung durch

eine solche Agitation mit der Nase darauf gestoßen, wie notwendig eine Veränderung des Gesetzes ist.

Unsere Kollegen in Leipzig haben vor etwa Jahresfrist ebenfalls einen solchen Antrag auf Einführung des Verhältniswahlsystems gestellt, der abgelehnt wurde, und nun haben die Leipziger nationalen Arbeiterorganisationen sich gesagt: Nungerade beteiligen wir uns an der Wahl, obwohl in Leipzig eine sozialdemokratische Hebermacht ist, so groß, wie kaum anderswo. Wir sind überzeugt, daß die Taktik unserer Leipziger Freunde eines Tages zu irgend einem Erfolge führen wird. Ferner: auch in Berlin waren die Sozialdemokraten Gegner des Verhältniswahlsystems. Wir haben uns daran nicht gestört und haben trotzdem dieses Wahlsystem beantragt und eine energische Agitation dafür betrieben. Und daß wir den Genossen den Widerspruch zwischen ihrem Programm und ihren praktischen Taten so deutlich klargemacht haben, führte schließlich dazu, daß die Herren in der Stadtverordnetenversammlung sich ebenfalls für das Verhältniswahlsystem erklärten. Aber nicht nur das! Nicht nur die Berliner haben inzwischen ihre Ansicht geändert, sondern, wie wir in unserm feinerzeitigen Bericht hervorhoben, hat die sozialdemokratische Konferenz der Arbeitnehmerbeiträge an den Gewergerichten in Jena eine Resolution angenommen, nach der die Sozialdemokraten verpflichtet werden, überall, wo sie die Mehrheit haben, für das Verhältniswahlsystem zu stimmen, wenn es von anderer Seite beantragt wird. Und das oben geschilderte Vorgehen unserer Leipziger Kollegen bei der Krankenkassenwahl hat ebenfalls den Erfolg gehabt, daß wenige Monate nachher die sozialdemokratischen Stadtverordneten einem Antrag der nationalen Arbeiter Leipzigs auf Einführung der Verhältniswahl ohne weiteres zustimmt haben. Die Lehren, die sich daraus ergeben, sind also folgende:

Man muß für das, was man erreichen will, kämpfen. Man darf sich nicht darauf beschränken, fromme Wünsche auszusprechen, und wenn diese Wünsche nicht erfüllt werden, die Hände in den Schoß legen, sondern muß den Gegner wegen der nicht erfüllten Wünsche so laut und deutlich wie möglich an den Pranger stellen. Man muß die Öffentlichkeit wissen lassen, daß man Begeisterung genug hat, um Zeit und Kraft und Geld für die Erfüllung unserer Ziele zu opfern. Das verleiht uns Selbstvertrauen bei den Gegnern, während das umgekehrte Verhalten, die kampfloste Aufgabe der eigenen Position, uns stets als Schwäche ausgelegt wird.

Wir hielten es für nötig, das an dieser Stelle auch hervorzuheben, weil die Gründe, die den Ortsverband Ulm veranlassen, von einer Wahlbeteiligung abzusehen, auch bei verschiedenen anderen Ortsverbänden geltend gemacht werden. Wir glauben geseigt zu haben, daß diese Gründe Irrtümer sind und daß hier wie in allen anderen Fragen, das berühmte Wort des griechischen Philosophen gilt: „Der Kampf ist der Vater aller Dinge!“

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 23. Oktober 1908.

Die volkswirtschaftlichen Abende, die sich in den Kreisen der Berliner Verbandskollegen und Kolleginnen großer Beliebtheit erfreuten, werden gemäß einem Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses auch in diesem Winter fortgesetzt werden. Den ersten Vortrag, der am Mittwoch, den 11. November, im großen Saale des Verbandshauses stattfindet, hat Herr Rektor Bagel freundlichst übernommen, der über Fragen der Fürsorge-Erziehung sprechen wird. Da der Vortragende ein hervorragender Fachmann auf diesem Gebiete ist und das Thema, das noch näher angegeben werden wird, alt und jung in gleichem Maße interessiert, darf wohl auf einen regen Besuch gerechnet werden.

Zu unserm Bericht über den internationalen Arbeiter-Versehrungskongreß in Rom müssen wir noch einige Zusätze machen. Im weiteren Verlaufe der Tagung wurde auch die Frage der Berufskrankheiten eingehend erörtert. Dabei trat völlige Uebereinstimmung darüber hervor, daß die spezifischen Berufskrankheiten, also namentlich die Bleibergiftung, als Betriebsunfälle angesehen und dementsprechend entschädigt werden müßten. Wesentliche Einwendungen dagegen machten nur die Vertreter der Berufsvereinigungen, die sich überhaupt gegen jeden Ausbau der Arbeiterversicherung aussprachen, so lange nicht alle anderen Länder uns nachgefolgt seien, weil sonst unsere Industrie unter den sozialen Lasten zusammenbreche.

Die Herren machten aber damit erfreulicherweise gar keinen Eindruck. Für die Muttererbschaftsversicherung trat entschieden der deutsche Professor Maget ein, der unter lebhaftem Beifall hervorhob, daß Deutschland auf dem Gebiete der Muttererbschaftsversicherung im Rahmen seiner Krankenversicherung schon weit mehr geleistet habe als alle anderen Staaten, indem jährlich über 5 Millionen Mark an Schwangere und Wöchnerinnen von den Krankenkassen gegeben würden. Die von Professor Maget aufgestellten und wirkungsvoll vertretenen Theesen fanden lebhaften Zustimmung. Zu einer lebhaften Erörterung führte auch die Frage der Witwen- und Waisenversicherung, bei welcher Professor Manes es heftig tadelte, daß man bei Vorbereitung so wichtiger Gesetze allzu sehr und allzu lange den Schleier des Geheimnisses darüber breite, wie es jetzt in Deutschland der Fall gewesen ist. Das letzte Thema bildete die Arbeitslosenversicherung. Der Referent stellte dabei den Grundriß in der Vordergründigkeit, bevor von einer betriebliehenden Versicherung die Rede sein kann, zunächst das Problem der Arbeitsvermittlung und der vorbeugenden Maßregeln gelöst werden müsse. Daran müßten alle Staaten mitarbeiten, da sie in gleicher Weise von dem Geipent der Arbeitslosigkeit heimgesucht würden. Bei dieser Gelegenheit verteidigten die anwesenden Franzosen und Belgier lebhaft auch das von den Deutschen Gewerksvereinen vertretene Genter System. Dabei konnte es sich der als Vertreter der Berufsvereinigungen anwesende Baurat Fellich nicht verkneifen, jedes Gesetz, welches die Arbeitslosenversicherung bringe, als unmoralisch zu bezeichnen. Der Lohn für diese eigenartige Auffassung war allgemeines Gelächter.

Alles in allem darf gesagt werden, daß der Kongreß reiche Aufklärungsarbeit geleistet hat. Hoffentlich ist die Sache auch von recht guten praktischen Erfolgen begleitet.

Die Thronrede, mit welcher der preußische Landtag am letzten Dienstag eröffnet wurde, gibt uns zu einigen kritischen Betrachtungen Anlaß. Die bedeutendste Stelle ist unseres Erachtens die Ankündigung, daß die auf der Grundlage der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren sollen, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Diese Wahlrechtsreform erfordert umfassende Vorarbeiten, die mit allem Nachdruck betrieben werden sollen.

Das heißt mit andern Worten, daß an den Grundlagen des bestehenden Wahlrechts nicht gerüttelt werden, sondern an seine Stelle ein Pluralwahlrecht zu meist werden soll, durch welches die jetzt bereits bestehenden Ungerechtigkeiten nur noch eine Vermehrung erfahren würden. An die Einführung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts denkt man offenbar nicht. Das ist eine bittere Enttäuschung, die allerdings von dem überwiegenden Teile des preußischen Volkes nicht mit stiller Resignation hingenommen werden, sondern ein Anlaß sein wird, für eine zeitgemäße Reform im Sinne des Reichstagswahlrechts mit aller Entschiedenheit weiter zu kämpfen.

Weiter wird in der Thronrede eine Aufbesserung des Dienstverhältnisses der Staatsbeamten, Geistlichen und Volksschullehrer angekündigt, sowie eine Neuordnung der Wohnungszuschüsse und eine Vereinfachung der Beoldungssysteme der Staatsbeamten und Lehrer. An die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter hat man trotz der herrschenden Teuerungsverhältnisse nicht gedacht. Angeichts dessen ist es nur ein lächerlicher Trost, daß die durch die Beamtengehaltserhöhungen bedingten Mehrausgaben aufgebracht werden sollen durch eine Erhöhung der Steuer aus Einkommen von über 7000 M., eine Vermögensergänzungssteuer und eine besondere Gesellschaftsteuer, die wohl in der Hauptsache die Aktiengesellschaften treffen dürfte. Alles in allem also sind die Ausichten, die sich dem preußischen Volke eröffnen, keineswegs rosige.

Zeichen der Zeit. In wie rigoroser Weise das Unternehmertum die ungünstige Geschäftslage ausnützt, um die Arbeiter zu knebeln und ihre Organisationen zu unterdrücken, das zeigen deutlich die Vorgänge, die sich zurzeit in den „Exzellenz-Fahrradwerken“ in Brandenburg a. S. abspielen. Schon im Sommer fanden Arbeiterent-

lassungen in großem Maßstabe statt, und der Betrieb wurde wesentlich eingeschränkt. Man setzte diese Maßnahmen damals einfach auf das Konto der schlechten Geschäftslage. Jetzt aber gewinnt es allmählich den Anschein, als wenn die Werkdirektion noch einen anderen Zweck verfolgte, nämlich, sich der alten organisierten Arbeiter zu entledigen und dafür neue einzustellen, die sich verpflichten müssen, dem sogenannten Hilfsverein, einem neuen Gebilde, beizutreten. Wer sich dieser Bedingung nicht fügt, hat keine Aussicht auf Einstellung, und auch den alten Arbeitern wird unverblümt zu erkennen gegeben, daß sie die Entlassung nur durch Eintritt bei den Gelben vermeiden können. Wo man nicht direkt mit Entlassung vorgeht, da wird die Arbeit so eingeschränkt, daß die Arbeiter mit Wochenverdiensten von 3, 4, 6, 10 und 12 Mark nach Hause gehen müssen. Trotz alledem erfolgen fortwährend Neueinstellungen von Arbeitern, die sich zum Beitritt in den Hilfsverein bereit erklären.

Durch diese allmähliche Verdrängung der Organisation hofft man offenbar, geplante Lohnreduktionen leichter durchzuführen zu können, denn die Direktion hat die bis zum 1. November dieses Jahres geltende Affordpreisliste gekündigt, ohne eine neue Liste aufzustellen. Von Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen will sie absolut nichts wissen, so daß es scheint, als wollte sie die Organisierten in einen Streik drängen und aufs Klaster werfen, um dann mit den lieben Gelben nach Belieben schalten und walten zu können. Die beteiligten Organisationen, unser Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter und der Deutsche Metallarbeiterverband, nehmen vorläufig noch eine abwartende Stellung ein und erwarten, daß die gegenwärtige Affordpreisliste noch für ein weiteres Jahr in Geltung gelassen wird.

**Arbeiterbewegung. Der Kampf auf den Strebelwerken in Mannheim dauert fort.** Die Firma will von den geplanten Lohnkürzungen nicht ablassen und begründet ihr Verhalten damit, daß in ihrem Betriebe höhere Löhne gezahlt würden als in anderen. — In Berlin fanden die Gold- und Silberarbeiter in einer Tarifbewegung. Dieselbe kann jetzt als beendet angesehen werden, da die bedeutendsten Firmen sich mit den Arbeitern geeinigt haben. Der neugegründete Arbeitgeberverband der Edelmetallindustrie für Berlin und die Provinz Brandenburg hat durch die Bewegung einen argen Stand erküsst. — In Cullm und Schults fand die Böttchergesellen ausgeperrt worden, weil sie sich einen erheblichen Lohnabzug nicht gefallen lassen wollten. — Im Berliner Weißgerbergewerbe sind Differenzen über den Tarif entstanden. Die Bemühungen, vor dem Eingangsamt des Gewerbegerichts die Streitigkeiten beizulegen, haben sich als vergeblich erwiesen, da die Vertreter der beiden Parteien nicht die geringsten Zugeständnisse machten und infolgedessen der Vorsitzende des Eingangsamts auf die Fällung eines Schiedspruchs verzichtete.

**Arbeiter als Schöffen und Geschworene.** Zu diesem Kapitel macht die „Frankf. Ztg.“ eine interessante Mitteilung. Bei der Eröffnung einer neuen Schwurgerichtsperiode in Mannheim bemerkte nämlich der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Hummel, daß unter den ausgelosten Geschworenen sich auch ein Arbeiter befunden habe. Dieser habe aber von seinem Amte entbunden werden müssen, da die Firma, bei der er beschäftigt sei, ihm erklärt habe, daß er entlassen werde, wenn er sein Amt ausüben wolle. Den Namen der Firma nannte der Vorsitzende leider nicht.

Da bemühen sich nun die organisierten Arbeiter seit Jahr und Tag darum, daß sie zur Rechtsprechung als Schöffen und Geschworene mit herangezogen werden, alle Sachverständige sprechen sich für diese Einrichtung aus, selbst in der geplanten Strafprozeßreform werden Diäten für Schöffen und Geschworene in Aussicht genommen, und ein Unternehmer darf es sich trotzdem anmaßen, einem Arbeiter mit Entlassung zu drohen, wenn er von seinem Rechte Gebrauch macht. Das ist ein ungeheuerliches Vorkommnis, welches beweist, wie wenig manche Arbeitgeber gesonnen sind, von ihrem Herrenstandpunkte herabzusteigen. Unter diesen Umständen erscheint es notwendig, daß bei der kommenden Strafprozeßreform auch Bestimmungen getroffen werden, daß derartige Vorgänge wie hier in Mannheim, sich nicht öfter ereignen.

**Sozialdemokratischer Terrorismus.** Der Brauer Ch. A. aus Ummendorf in Württemberg, der zuletzt in Potsdam in der Brauerei von A. Uehling u. Hoffmann arbeitete, war am Montag, den 19. Oktober, in der Weißbierbrauerei von C. Breithaupt in Berlin, Wallstraßenstraße, in Arbeit getreten. Kaum hatte er die Arbeit begonnen, da wurde ihm mitgeteilt, daß der sozialdemokratische

Verband seine sofortige Entlassung verlange. Die Breithaupt'sche Brauerei ließ sich der ihr auferlegten Verpflichtung unterworfen haben, einzustellende Brauer und Brauereiarbeiter nach Möglichkeit durch den sozialdemokratischen Verbandsarbeitsnachweis zu beziehen. Die Weiber der genannten Brauerei sind sehr reich; darum ist es um so bedauerlicher, daß sie sich einem so unwürdigen Zwange unterworfen haben. Der junge Brauer, der nicht denken konnte, daß der sozialdemokratische Brauereiarbeiterverband zu bestimmen hätte, wer von Breithaupt beschäftigt werden dürfe und wer nicht, ging auf das Bureau des genannten Verbandes in der Mulsenstr. und fragte, wie man dazu gekommen sei, telephonisch seine Entlassung „zu verfügen“. Die Befragten leugneten es ab, daß sie dies getan hätten. Darauf ging der Verfeimte wieder nach Breithaupt's Brauerei zurück, um mitzuteilen, daß der sozialdemokratische Verband entschieden beitrete, irgend etwas zu seiner Entlassung getan zu haben. Dieser Spatz ging dem jungen Herrn Breithaupt dann doch zu weit. Er stellte die sozialdemokratische Verbandsleitung telephonisch zur Rede und überließ dem Gemahregelsten den einen Hörer des Telephons, so daß er nun selbst hören konnte, wie ihn die „zielbewußten“ Verbandsführer angelogen hatten; denn jetzt befristigten sie Herrn Breithaupt, daß sie die Wiederentlassung, weil die Einstellung nicht durch ihr Bureau erfolgt sei, verlangt hätten, und dabei müßte es auch bleiben.

Als der Brauer, der sich um Schutz an uns wandte, diesen Vorgang erzählte, kam er uns so unwahrheitsföndlich vor, daß wir sofort uns mit dem Brauerverband telephonisch in Verbindung setzten. Der betreffende Beamte aber markierte den ollen ehrlichen Seemann und wollte von der Sache überhaupt nichts wissen, auch nicht, weshalb die Entlassung des Betroffenen erfolgt sei. Er wies aber auch auf den Vertrag hin, wonach die Brauerei ihre Arbeiter von dem Verbandsarbeitsnachweis zu beziehen habe. Im übrigen bestritt der Herr, daß die Entlassung auf Betreiben des Zentralverbandes erfolgt sei. Als von uns die Gegenbeweise erbracht wurden, und auf das Verwerfliche jener Handlungsweise hingewiesen wurde, veruchte der zielbewußte Herr noch den Entrüsteten zu spielen und die schäbige Handlungsweise damit zu entschuldigen, daß es in Berlin Arbeitslose genug gebe, so daß nicht erst von Potsdam jemand herüber zu kommen brauche. Da vorher von Potsdam noch gar nicht die Rede gewesen war, war der Beweis erbracht, daß der betreffende Herr sehr wohl von dem Vorgang wußte. Offenbar aber hat er sich dessen geistigt; denn der wahre Grund für die Entlassung des jungen Mannes war die Nichtzugehörigkeit zum sozialdemokratischen Verbands. Das Andere bildete lediglich eine Ausrede, die um so koniischer wirken muß, als der sozialdemokratische Brauerverband der Fahne folgt, die die Aufschrift trägt: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

**Eine Anerkennung der Tarifverträge** finden wir in einem der bedeutendsten Fachblätter der Textilindustrie, dem „Konfektionär“. Darin werden die Erhebungen der Letzten der Berliner Kaufmannschaft über die Wirkung der Tarifverträge zustimmend besprochen und bemerkt:

„Auch in den verschiedenen Branchen der Textilindustrie geht man jetzt immer mehr dazu über, Tarifverträge abzuschließen. Wo solche bereits existieren, haben sie sich recht gut bewährt, da sie wenigstens für den Zeitraum, für den sie abgeschlossen sind, Ruhe und Frieden in der Arbeiterkassat gewährleisten.“

Was mögen wohl die Scharfmacher zu einer solchen Beurteilung der Tarifverträge sagen, die bekanntlich immer behaupten, daß nur Theoretiker für Tarife schwärmen, die von der ganzen Geschichte nicht verstanden. Hier sind es Praktiker, die aus eigener Erfahrung die segensreiche Wirkung der Tarifverträge feststellen.

**Aus einem sozialdemokratischen Musterbetriebe.** Der unter sozialdemokratischer Leitung stehende Konsum-, Spar- und Bauverein „Produktion“ in Hamburg beschäftigt u. a. einen Maschinisten, der seinem Betriebsleiter kürzlich die Worte „Flegel“ und „Rindvieh“ an den Kopf gemorfen hat. Da in einem so großen Betriebe Ordnung und Disziplin herrschen muß, wurde dem unhöflichen Angestellten gekündigt. Damit aber war weder er selbst, noch sein Anhang zufrieden. Es wurde eine lebhafteste Agitation in Szene gesetzt, und die Folge war, daß die Generalversammlung trotz lebhaften Widerpruchs des früheren Reichstagsabg. v. Elm, und obgleich der Beschluß dem ausdrücklichen Wortlaut der Satzungen widersprach, beschloß, den Maschinisten wieder einzustellen. Auch Herr v. Elm machte sich in der betreffenden Versammlung mangelhafte Schmeicheleien sagen lassen. Ausdrücke wie „Tyran“ und „Diktator“ schwirrten

ihm nur so um die Ohren. Trotzdem will er sich mit dem Beschluß der Generalversammlung nicht zufrieden geben, sondern arbeitet eifrig für eine neue Versammlung, um den früheren Beschluß rückgängig zu machen. In dem betreffenden Rundschreiben warnt er u. a. davor, mit dem demokratischen Prinzip Schindluder zu spielen.

Eines Zusages zu dieser Mitteilung können wir uns enthalten. Der Vorgang gewährt auch so einen überaus drastischen Vorgehensmaß vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat.

Mit einem schwungvollen Prolog wurde die Feier des 40-jährigen Bestehens der Deutschen Gewerksvereine im Ortsverbande Rattowitz eingeleitet. Da sich das Gedicht mit einigen Änderungen auch für ähnliche Gelegenheiten eignet, lassen wir es im Wortlaut folgen:

Kein Vorrecht habe der Junker  
In unserm Vaterland;  
Gewerksvereine stütz' den Arbeiterstand.  
Kein Vorrecht andern Klassen  
Vor Bürger und Arbeiterkassat:  
Wir alle tragen die Lasten  
Des Staates mit gleicher Kassat.

Drum fordern wir gleiche Rechte  
Für uns und Meib und Kind  
Mit jedem Adelsgeschlechte,  
Dem ebenbürtig wir sind.  
Wer kämpft im Kampfe der Lage  
In harter, schwerer Fron,  
Gewinne, geniesse und trage  
Die gleichen Ehren und Lohn.

So ehrt die Arbeit der Hände,  
Der festen, schweligen Kassat;  
Durch lobende Hochföndbrände  
Das Lob der Arbeit erbraut,  
Durch tiefe Kohlenkassat  
Erklingt es voll und stark,  
Wo wir im Dunkel der Nächte  
Schaffen voll Kraft und Mart.

Wir säufren des Landes Segen  
Zum Wohlstand des Vaterlands,  
Um fargen Lohnes wegen  
Und nicht um Goldes Klang.  
Drum eh' uns doppelt der Reiche,  
Dem leichet sein Lebensgeschick;  
Wir alle erstreben das Gleiche:  
Des deutschen Vaterlands Glück!

Doch soll auch unser Rechte  
Der Staat ein Vaterland sein,  
Dann treten stets im Gesichte  
Für's Vaterland tapfer wir ein:  
Dann schüßen wir seine Grenzen  
Mit unserm Gut und Blut  
Und führen zu Ruhmeskronen  
Es tapfer mit freudigem Mut.

So hüthe stets und gebete,  
Treudeutsche Arbeiterkassat,  
Steh' stets in vorderer Reihe  
Für Deutschlands Ehre und Kassat.  
So wolle wir treu und dieber  
Auch hier uns reichen die Hand,  
Als wackre Arbeitsbrüder  
Im Oberstfleischerland!

Wie im Deutschen Holzarbeiterverbände agitiert wird, zeigt folgender Vorgang, den wir der letzten Nummer der „Eiche“ entnehmen. Am 13. Oktober stand der „Genosse“ Hartmann vom Holzarbeiterverband vor dem Schöffengericht zu Lübeck. Dem Angeklagten war zur Last gelegt, dem Kollegen Hohndorf in der Schwarzen Werkstube die Uhr beschädigt zu haben, weil der Kollege dem Deutschen Holzarbeiterverband nicht beitreten wollte. Nachdem den „Genossen“ vom Werkmeister das Schikanieren mit Werkzeugstumpfmachen und Sachen verstopfen verboten wurde, da Kollege Hohndorf doch im Gewerbeverein organisiert sei, wurde vom Verhandler Hartmann die erste beste Gelegenheit wahrgenommen, als Kollege Hohndorf abwesend war, denselben zu schädigen. Genosse Hartmann nahm dem Kollegen Hohndorf die Uhr aus der in der Werkstätte hängenden Weste, drehte die Zeiger ab und trüffelste schmutziges Wasser vom Schleifstein hinein. Nachdem Kollege Hohndorf den Genossen mehrmals aufgefodert hatte, ihm die Uhr zu begahlen, dieses aber von Hartmann verweigert wurde, verklagte er denselben. Vor Gericht gab der Genosse Hartmann zu, die Zeiger abgebrochen zu haben, bestritt aber, daß er sie durch Wasser verdorben habe. Er will nur aus Dummheit den Streich gemacht haben. Der Staatsanwaltsvertreter beantragte 1 Monat Gefängnis. Die Tat befunde eine äußerst rohe Gefinnung. Der Angeklagte hat, ihm den dummen Streich nicht zu hoch anzurechnen, da er nicht die Absicht hatte, die Uhr zu beschädigen. Das Gericht erkannte auf 2 Wochen Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten, weil der Angeklagte bewußt und überlegt gehandelt habe. Er habe durch sein Vorgehen den Kollegen zwingen wollen, dem Holzarbeiterverband beizutreten, das sei

schädlich und strafschwerend. Mildernd sei nur zu berücksichtigen, daß die Sachbeschädigung nicht erheblich und der Angeklagte noch nicht vorbestraft sei.

Einen Zusatz dürfen wir uns zu diesem Bericht erparen. Er bildet nur einen neuen Beweis für die Agitation, wie sie von den Vorkämpfern für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit betrieben wird.

**Die Freitagslohnzahlung**, für deren Einführung die Deutschen Gewerksvereine schon vor Jahren energisch eingetreten sind, hat mehr und mehr namentlich in größeren Städten, wo ein früherer Ladenschluß stattfand, Eingang gefunden. Trotzdem gibt es leider noch eine große Zahl von Arbeitgebern, die teils aus Eigenfinn, teils aus Gewohnheit, teils auch infolge eines Mangels an sozialer Einsicht von der Freitagslohnzahlung nichts wissen wollen.

Dagegen anzukämpfen hat sich in Königshagen i. Pr. ein Ausschuß für Einführung der Freitagslohnzahlung gebildet und sich an die Arbeitgeber mit einem Rundschreiben um Unterstützung seiner Bestrebungen gewandt. Darin heißt es u. a.:  
Durch das Verbot der Sonntagsarbeit im Handel ist es den Frauen der Arbeiter und sonstiger gegen Wochenlohn angestellter Arbeitnehmer unmöglich gemacht, ihren Bedarf an Kleidung, Wäsche, Schuhen usw. an den Sonntagen einzukaufen. Sie sind gezwungen, ihre Einkäufe in den letzten Abendstunden des Sonnabends zu machen, was neben anderen Nachteilen eine große Belastung der Detailkaufleute und ihrer Angestellten bedingt, da die Einkaufsmöglichkeit sich nur auf eine kurze Spanne Zeit zusammendrängt. Ferner ist zu berücksichtigen, daß einem großen Teil der Arbeitnehmer, die nicht in den am Sonnabend früher schließenden Fabrikbetrieben tätig sind, fast jede Einkaufsmöglichkeit an den Sonntagen fehlt, da sie den Lohn gewöhnlich erst bei Geschäftsschluß erhalten. Die Möglichkeit, die billigeren Preise des Wochenmarkts für ihre Wirtschaft nutzbar zu machen, ist den Frauen der Arbeiter überhaupt verschlossen.

Diesen Beschwerden kann mit einem Schlage abgeholfen werden, wenn der Lohn schon am Freitag gezahlt wird, weshalb die Unternehmer ersucht werden, sich endlich zu dieser Maßnahme zu entschließen.

Wir wünschen diesen Bestrebungen den besten Erfolg und knüpfen daran gleichzeitig die Bitte, daß unsere Ortsverbände, wie dies übrigens schon vielfach geschehen ist, ebenfalls auf dem Posten sind und alles daran setzen, möglichst die Freitagslohnzahlung zur Einführung zu bringen.

### Gewerkevereins-Teil

**§ Dessau.** Als hier vor drei Jahren die Gewerkegerichtswahl zum ersten Male nach dem Verhältniswahl-system stattfand und auch die Deutschen Gewerkevereine sich eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung am Gewerkegericht sichern wollten, entbrannte ein Kampf, wie er früher kaum geführt werden konnte. Der Versuch unseres Ortsverbandes, auf dem Wege der Vereinbarung mit den „freien“ Gewerkevereinen einige Mandate zu erhalten, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung von den Herren zurückgewiesen. Man sah sich zu sicher, daß man diesen Herren Herrenstandpunkt einnehmen zu können glaubte. Um so energischer traten wir in den Kampf ein, und es

gelang auch, von den 18 Sitzen 3 zu erobern; nur wenige Stimmen fehlten, um ein viertes Mandat zu erringen. Auch in diesem Winter findet Gewerkegerichtswahl statt, und scheint es, als wenn die „Genossen“ unsere Organisation nun als gleichberechtigt anerkennen wollen. Wenigstens berichtigte in diesen Tagen das sozialdemokratische „Volksblatt“ über eine Sitzung des Gewerkevereinsrats, in der von fast allen Rednern die Ansicht vertreten wurde, daß es wünschenswert sei, wenn bei dieser Wahl ein erbitterter Kampf zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen vermieden werden könne. Alle Arbeitnehmer, ganz gleich, welcher Organisation sie angehörten, hätten an dem Gewerkegericht das gleiche Interesse. Aus diesem Grunde sei es sehr gut möglich, daß vor der Wahl, wenn alle Organisationen den guten Willen hätten, eine Einigung über die zu wählenden Beisitzer erfolgen könne. Man wolle sich in einer späteren Sitzung nochmals mit der Angelegenheit beschäftigen.

Das klingt ja sehr vernünftig, wenn nur die „freien“ Gewerkevereine ihr Wort halten! Ist genug ist es vorgenommen, daß solche Vereinbarungen von jener Seite gebrochen wurden und daß man die Gelegenheit nicht benutzte, die Gegner in Sicherheit zu wiegen, um dann sein Schicksal um so sicherer ins Trockene zu bringen. Jedenfalls werden wir hier auf dem Posten sein.

Bei dieser Gelegenheit sei auch bemerkt, daß unsere Bemühungen, ein Mitbestimmungsrecht an der Verwaltung der Ortskrankenkasse zu erhalten, bisher vergeblich gewesen sind, weil die Wähler berufswise und nach dem Mehrheits-system stammten und das von den Vertretern beantragte Verhältniswahl-system vom Vorstande der Ortskrankenkasse abgelehnt wurde, da es gesetzlich nicht eingeführt sei. Wenn es den „freien“ Gewerkevereinen wirklich ernst ist mit den Wünschen, all-n Organisationsrichtungen eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung zu gewährleisten, so brauchen sie ja nur einige Kollegen von uns zu ihrer Liste zu stellen. Wir werden ja sehen, wie die Sache weiter läuft. Jedenfalls zeigen diese Tatsachen, daß man mit uns Gewerkevereiner in Dessau rechnen, und wir selbst werden nicht eher ruhen, als bis man uns als gleichberechtigt anerkannt und eine genügende Vertretung in allen sozialen Einrichtungen gewährt hat. W. M.

**§ Rattowitz, Ob.-Schl.** Einen glänzenden Verlauf nahm die am 18. Oktober von unserem Ortsverbande veranstaltete Jubelfeier des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gewerkevereine. Dieselbe wurde eingeleitet mit einem von einem Freunde unserer Organisation verfassten Prolog, der an anderer Stelle dieser Nummer zum Abdruck gelangt. Die eigentliche Festrede hielt der Bezirksbeamte der Maschinenbauer, Kollege G r e i f e, der in schmerzvollen Ausführungen den Anwesenden die Bestrebungen der Deutschen Gewerkevereine vor Augen führte und sie ermahnte, an unseren Idealen festzuhalten und weiter für ihre Verbreitung zu kämpfen. Der stimmungsvolle Prolog zeigte, wie sehr der Festredner den Zuhörern aus dem Herzen gesprochen hatte. Es folgte dann noch ein unterhaltender Teil, in welchem zahlreiche Kollegen und ihre Angehörige Gelegenheit fanden, ihre Kunst in den Dienst unserer guten Sache zu stellen. — **Saarbrücken.** Der hiesige Ortsverband feierte am 17. Oktober ein Familienfest aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gewerkevereine. Kollege Eden hielt die Festrede und zeichnete ein glänzendes Bild des Wirkens der Gewerkevereine und ihrer Entwicklung, dabei auch die Bestrebungen der Organisation im allgemeinen behandelnd. Theateraufführung, gemeinschaftliche Lieder, Vorträge, Verlosung und Tanz hielten die Kollegen bis in die frühen Morgenstunden in bester Stimmung zusammen. Öffentlich wird die Veranstaltung auch bestehend auf die ganze Agitation, um so unsere Bewegung im Saarrevier vorwärts zu bringen.

### Verbands-Teil

#### Versammlungen

**Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen Lewin über: „Die französische Revolution“. Gäste willkommen. — **Gewerkevereins-Liebertafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Liebesschmiede im Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine (Gärtner Gasse). Gäste herzlich willkommen. — **Distriktsklub Noabitz.** Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr bei Rabau, Waldstraße 58. Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 24. Oktober. Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Abds. 8 1/2 Uhr Vers. im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221/223. Billett-Abrechnung, Besprechung über Weihnachtsgeschenke, Werkstattangelegenheiten. — **Hildpauer.** Abends 8 1/2 Uhr, Dresdenstraße 10, 89. Stiftungsfest mit Essen. — **Sonntag, 25. Oktober. Frauen und Mädchen II.** Nachmittags 5 Uhr Versammlung im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/223. Vortrag des Verbands-Redakteurs Herrn Lewin: „Wie kann den Arbeiterinnen geholfen werden?“ Verbandskollegen mit Frauen herzlich willkommen. Nachdem Familienabend. — **Mittwoch, 28. Oktober. Maschinenbau u. Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr Vers. bei Faus, Kriftstr. 63. Vortrag über: „Unterrichtsurge für Arbeiter“. Regulatortopos.

**Ortsvereine des Erzgebirges und Vogtlandes.** Sonntag, 1. November, nachm. 2 Uhr, Konferenz sämtlicher Ortsvereine im Arbeitervereinshaufe, Hilsopauerstr. 10 in Chemnitz. L.-D.: Anstellung eines Bezirksbeamten für das Erzgebirge und Vogtland. Die Ortsvereine werden gebeten, durch einen Delegierten vertreten zu sein.

#### Orts- und Bezirksverbände

**Herne (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz, Schulstr. 1, Distriktsklub. — **Wagen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leudter, Ecke Pansemanplatz u. Mühlgraben. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., im Hiltmanns Hotel, Poststr., Distriktsklub. **Bresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Hebergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. O. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen a. Huns. (Distriktsklub).** Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Berggäßchen-Gde. — **Rain (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Baler Rolping“, Eßberggasse. **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Dietsburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei P. Eisenburger, Banheimerstraße. — **Mühlheim a. Huns. (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Liebesschmieden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Lüdenscheid (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub im Lokale des Herrn Hinger. Sonntag, 1. November, Ortsverbanderversammlung. — **Krefeld (Ortsverband).** Sonntag, 25. Oktober, nachm. 5 Uhr, kombinierte Ausgeh-sitzung. 6 Uhr Ortsverbanderversammlung im Witzsch bei Krefeld im Lokale Peter Sütters (oben).

### Anzeigen-Teil

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.**  
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:  
**Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft** v. Dr. jur. R. F r e u n d. Preis 40 Pfg.  
**Volks-Wirtschaftslehre** von Dr. G. J. F u c h s. Preis 80 Pfg.  
**Maßnahmen zur Arbeiterversicherung** in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.  
**Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen?** Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 85 Pfg.  
**Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung** (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.  
**Gewerbeordnung für das Deutsche Reich.** Preis gebunden 80 Pfg.  
**Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz.** Preis gebunden 60 Pfg.  
**Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906.** Preis 8 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.  
Auch alle andern volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.  
Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.  
Einsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer **Rudolf Klein**, Berlin N.O. 65, Greifswalderstr. 221/223.  
Das Bureau des Zentralrats. **Rudolf Klein.**

**Fidelitas.**  
Zeitschrift, enth. Lustspiele, Soloenzen, Couplets (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Hft. Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 9 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.  
C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.  
**Schneidergeselle**  
findet sofort Stellung bei **Wilhelm Zeitz, Schneidermeister, Gotha, Seeburgstraße 10.**  
**W. Glöckner-Meyerdt (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen jedes Berufes erhalten 60 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkevereinsbureau, Ecke Rürupstr. und Söfenstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofs. Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an jedermann erteilt.

**Der Gewerkeverein**  
Jahrgang 1907  
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken  
**5, sonst 7 Mark**  
bei vorheriger Einsendung des Betrages.  
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.  
Bestellungen an den Verbandskassierer  
**R. Klein,**  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

**Stellenlose**  
**Handelshilfsarbeiter, Hausdiener, Packer u.**  
erhalten Stellung nachgewiesen durch den Arbeitsnachweis unseres Ortsvereins der Handelshilfsarbeiter. Meldungen an den Kollegen **Gilbert**, Berlin SW., Kochstraße 56.